

## Für einen Masterplan des Vertrauens

### Perspektiven der IHK-Organisation für die nächste Bundesregierung

Beschluss des DIHK-Vorstands vom 16. Juni 2005

Die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen hat bei den Unternehmern eine spürbar bessere Stimmung erzeugt - so das Ergebnis einer Blitzumfrage der IHK-Organisation. Mit diesem Stimmungswandel verbinden sich **Hoffnungen auf mehr Handlungsfähigkeit** und einen reformpolitischen Befreiungsschlag. Die Politik darf diese Chance nicht leichtfertig verspielen.

Allein schon die desaströse Kassenlage zwingt jetzt zu einem schnellen Reform-Tempo. Bereits heute sind 75% der Steuereinnahmen des Bundes für Sozialausgaben und für den Schuldendienst gebunden, für 2006 droht beim Bund ein Defizit von mehr als 50 Mrd. Euro. Die Wirtschaft erwartet von der Politik angesichts dieser Haushaltslage **keine leeren Versprechungen**. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung benötigen wir dringend Berechenbarkeit der Politik. Nur daraus erwächst Vertrauen.

Die Wirtschaftspolitischen Positionen 2005 der IHK-Organisation „100 Vorschläge für mehr Wachstum in Deutschland“ liegen vor. Wahlkampfzeiten sind Zeiten der Zuspitzung der öffentlichen Debatte. Auch die IHK-Organisation muss daher ihre **Prioritäten für den wirtschaftspolitischen Kurs Deutschlands** nach der Bundestagswahl deutlich erkennbar setzen: Wir tun das mit unserem Vorschlag für einen „Masterplan des Vertrauens“. Ein solcher Masterplan muss klare Reformperspektiven aufzeigen und eine zeitliche Abfolge der einzelnen Reformschritte für die nächsten Jahre formulieren. Die wichtigsten Zielgrößen dieses Masterplans sind: Mehr Beschäftigung, mehr Investitionen und mehr Innovationen am Standort Deutschland.

Wir brauchen:

- Eine Modernisierung der Sozialversicherungen und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes,
- eine umfassende Reform der Steuergesetzgebung,
- weniger Bürokratie für den Mittelstand,
- mehr Freiraum für Forschung und Bildung.

sowie

- umgehend eine echte Reform des Föderalismus.

## **Modernisierung der Sozialversicherungen und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**

Neue Arbeitsplätze und der Abbau der Arbeitslosigkeit sind die Herausforderung Nummer eins. Jenseits der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Dimension lässt sich nur so eine Steuerentlastung finanzieren. Dazu müssen die **Lohnzusatzkosten sinken** und der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden.

Hauptansatzpunkt bei den Lohnzusatzkosten ist die **Abkoppelung der Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen** – das hilft gerade beschäftigungsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen. Immerhin würde damit ein Kostenblock von bisher rund 16 Beitragspunkten zur Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis gelöst – ein klares Signal für mehr Arbeit in Deutschland. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir darüber hinaus mit der Bildung von Altersrückstellungen insbesondere in der Pflegeversicherung so schnell wie möglich beginnen. Die Politik muss auch in der **Rentenversicherung fair und ehrlich** mit den Menschen umgehen: Dazu gehört zum Beispiel die stufenweise Einführung der Rente mit 67.

Darüber hinaus brauchen wir längere und flexiblere Arbeitszeiten in Deutschland. Hier haben Unternehmensleitungen und Belegschaften gemeinsam bereits viel erreicht. Um dabei auch rechtlich auf sicherem Boden zu stehen, müssen **betriebliche Bündnisse für Arbeit** gesetzlich durch eine entsprechende Klarstellung des Günstigkeitsprinzips verankert werden. Als Sofortmaßnahmen sollte das Kündigungsschutzgesetz nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten und generell erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit gelten.

## **Umfassende Reform der Steuergesetzgebung**

Eine große Steuerreform muss unmittelbar nach der Wahl auf den Gesetzgebungsweg gebracht werden. Eine **einfache und niedrige Steuer** mit einem einheitlichen Steuersatz für alle – die flat tax – muss das große Ziel der gemeinsamen Anstrengungen sein. Die Politik muss sich jetzt auf den Weg dahin machen. Weitere wichtige Bestandteile sind eine möglichst einfache Bemessungsgrundlage, mehr Transparenz sowie die Abschaffung der Gewerbesteuer. Neben einer durchgreifenden Vereinfachung muss es auch zu Entlastungen kommen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb der Standorte mithalten kann. Die Entlastung kann jedoch mit Rücksicht

auf die Haushaltslage in mehrjährigen Stufen erfolgen. Ohne das **Vertrauen in einen spürbaren Selbstfinanzierungseffekt** wird eine mutige Reform nicht gelingen. Die IHK-Organisation lehnt die Debatte über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab: Die Diskussion der letzten Wochen zeigt, dass die Politik damit nur den Handlungsdruck für die notwendigen Strukturreformen mindern will.

### **Weniger Bürokratie für den Mittelstand**

Mehr als 5.000 Gesetze und Verordnungen mit mehr als 85.000 Einzelvorschriften lähmen in Deutschland unternehmerische Kreativität und Gestaltungskraft. In der laufenden Legislaturperiode stehen einem abgeschafften Gesetz drei neue gegenüber. Dabei ist der **Mittelstand durch Bürokratie besonders belastet**: 84% der Bürokratiekosten tragen kleine und mittlere Unternehmen. Bürokratie ist dort gezwungenermaßen meist Chefsache – zu Lasten unternehmerischer Aktivitäten.

Dieser Befund ist unbestritten. Warum geschieht trotzdem nichts? Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Der Umsetzung einer wirksamen Bürokratieabbaustrategie stehen immer wieder Ressortegoismen im Wege. Dem wird eine zukünftige Regierung nur entgegenwirken können, wenn sie diesem Thema Priorität einräumt und es schon im Koalitionsvertrag festzurrt. Wichtiger Bestandteil ist, dass z.B. das Kanzleramt als Stelle des letzten Wortes das **Ressortprinzip überwinden** kann. Die Länder müssen in gleicher Weise handeln. Nur so erhält der Bürokratieabbau den notwendigen Stellenwert und die erforderliche Breitenwirkung.

### **Mehr Freiraum für Forschung und Bildung**

Ohne Innovation gibt es keine ausreichende Chance im internationalen Wettbewerb. **Bildung und Forschung müssen Vorfahrt haben.** Bund und Länder müssen zurückstecken, um den Hochschulen mehr Freiräume für Lehrpläne, Organisation, Personal und Finanzen zu eröffnen. Bei einer Modernisierung von Schule und Hochschule geht es nicht in erster Linie um Mehrausgaben, sondern um eine **Neuausrichtung in den Köpfen und in den Strukturen**. Jede einzelne Hochschule muss Studiengebühren festlegen können. Die demografische Entwicklung stellt auch unser Bildungssystem vor große Herausforderungen. Es müssen alle Begabungspotenziale ausgeschöpft werden, da ansonsten schon bald ein Fachkräftemangel droht. Gemeinsam mit den Bund, Ländern und Schulen muss es gelingen, die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu verbessern. Die duale Ausbildung muss darüber hinaus schneller und kontinuierlich an die veränderte Wirtschaftswelt angepasst werden. Innovationen sind in erster Linie Aufgabe

der Unternehmen. Globalisierung und demografische Entwicklung bieten dazu zusätzliche Chancen und stellen zugleich große Herausforderungen dar.

Ergänzend dazu müssen alle politischen Vorhaben dazu künftig auf ihre Innovationswirkungen hin überprüft werden. Um das Drei-Prozent-Ziel für F+E-Investitionen zu erreichen, muss der Staat konsequent seine **konsumtiven Ausgaben zugunsten von Zukunftsinvestitionen reduzieren**. Spitzenforschung entsteht zudem nur durch echten Wettbewerb. Daher sind öffentliche Mittel – wie bei der EU-Forschungsförderung – verstärkt im Wettbewerb zwischen allen Forschungseinrichtungen zu vergeben.

### **Föderalismusreform**

Die Reformfähigkeit in Deutschland leidet unter der **Langsamkeit zu komplizierter politischer Entscheidungsprozesse**. Deshalb brauchen wir schnell eine Föderalismusreform, die für mehr Klarheit in den Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern sorgt. Das ist dann auch Voraussetzung dafür, dass Deutschland bei Bildung und Forschung endlich vorankommt. Und das ist ganz entscheidend: Denn eine gute Bildungspolitik ist die beste Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

### **Mehr Engagement der Wirtschaft**

Die deutsche Wirtschaft versteht sich als konstruktiver Partner von Politik und Gesellschaft. Über Vorschläge und Forderungen hinaus stehen wir für unternehmerisches Engagement am Standort Deutschland. Unternehmer sind auf vielfältige Weise regional und überregional auch über die Grenzen ihrer Firmen hinaus aktiv. Die IHK-Organisation bündelt solches ehrenamtliches Engagement.

- Ein besonderes Beispiel für dieses Engagement ist der **Pakt für Ausbildung**. Er hat nicht nur in der Sache Erfolg. Er ist Beispiel für besonderes Engagement der Wirtschaft. Er zeigt darüber hinaus, dass wir für Deutschland mit Kooperation mehr erreichen können als mit Konfrontation. Wir bieten daher an, den Pakt für Ausbildung mit der nächsten Bundesregierung fortzusetzen.
- Auch die **Beschäftigung Älterer** ist angesichts der demografischen Entwicklung sowie der ganz persönlichen Situation jedes Betroffenen eine wichtige Zukunftsaufgabe unserer Gesellschaft. Die IHK-Organisation bietet an, gemeinsam mit der Politik und den Unternehmen nach Wegen zu suchen, die eine stärkere Beteiligung Älterer am Erwerbsleben ermöglichen.

- Darüber hinaus ist eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ein gesamtgesellschaftlich wichtiges Ziel. Für die Unternehmen wird der Wettbewerb untereinander um die besten Fach- und Führungskräfte zukünftig noch stärker. Damit die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern leichter wird und gleichzeitig die Zahl der Kinder in Deutschland wieder zunimmt, muss der Familienpolitik stärkeres Gewicht verliehen werden. Wir bieten an, gemeinsam mit der künftigen Bundesregierung die Initiativen zur Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeitswelt fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen und vor schweren Entscheidungen. Wir plädieren deshalb dafür, **in den ersten Monaten nach der Bundestagswahl einen Masterplan des Vertrauens** auf den Weg zu bringen. Denn nur so bleibt es nicht bei isolierten Maßnahmen, die lediglich als schmerzhafter Einschnitt wahrgenommen werden. Nur ein solcher Masterplan kann eine Perspektive aufzeigen und kann Mut machen, dass gemeinsame Anstrengungen auch neue Chancen eröffnen. Dann kann Reformpolitik gelingen. Denn die Bürger wissen inzwischen, dass tief greifende Veränderungen die notwendige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und für den Wohlstand von morgen sind.

Trier, 16. Juni 2005